

Rede von Dr. Franz Josef Jung MdB anlässlich der Podiumsdiskussion der Konrad Adenauer Stiftung „20 Jahre Deutsche Einheit“ in Berlin am 30. September 2010

Sehr geehrter Herr Prof. Küsters,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

es ist für mich eine große Freude heute an ihrer Veranstaltung teilnehmen zu können.

In drei Tagen können wir das zwanzigste Jubiläum der Deutschen Einheit feiern. 20 Jahre ist ein nicht gerade unerheblicher Zeitraum. Trotzdem kann ich mich noch sehr gut an die damaligen Ereignisse erinnern und noch heute erfüllt es mich mit stolz, dass ich von Hessen aus meinen Teil zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes beitragen durfte.

Unsere Aufgabe, die Aufgabe der Zeitzeugen ist es, den Unrechtsstaat DDR, die damaligen Geschehnisse und den Weg zur Einheit, der bei weitem kein Automatismus war, näher zu beleuchten und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die CDU hat sich nie von dem Ziel der Wiedervereinigung verabschiedet. Ganz im Gegensatz zu anderen Parteien.

Egon Bahr (SPD) z.B. kann man Anfang Oktober 1989 mit den Worten zitieren: Die CDU sollte damit aufhören „von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen“.

Der ehemalige Bundeskanzler Brandt sprach in einem Vortrag am 11. September 1988 gar von der Wiedervereinigung als „Lebenslüge“ der Bundesrepublik Deutschland.

Und der ehemalige Außenminister Joschka Fischer äußerte sich am 14. November 1989 in der Aussprache zur Regierungserklärung von Walter Wallmann folgendermaßen: „Ich finde diesen ganzen Weg Wiedervereinigung von unserer, der bundesrepublikanischen Seite, der deutschen Seite her falsch“, sagte er, und meinte überdies, wir sollten auf den „revolutionären Schritt des Volkes der DDR“ im Westen nicht „mit dem Fehltritt der Wiedervereinigung danebenstolpern“.

Aus diesen spannenden und ereignisreichen Tagen, Wochen und Monate der Wendezeit möchte ich Ihnen meine persönlichen Erlebnisse berichten.

Für die Politik in Hessen, ich war damals Generalsekretär der hessischen CDU, war die Teilung immer ein Thema. Allein schon die geographische Lage – Hessen hatte mit 270 km, neben Niedersachsen, den längsten innerdeutschen Grenzabschnitt – belegt dies.

Es war also nicht nur in Berlin, dem bekanntesten Brennpunkt des Kalten Krieges und der deutschen Teilung, die Brutalität des Grenzregimes offenkundig, sondern auch hier, an der innerdeutschen Grenze zwischen Hessen und Thüringen.

Einer dieser Orte, an denen die Auswirkungen der deutschen Teilung in Hessen besonders begreiflich wurden, ist Philippsthal an der Werra, das unmittelbar an der innerdeutschen Grenze lag.

In der Stadt gab es ein ehemaliges Druckereigebäude. Mitten hindurch verlief die Zonengrenze. Erst im Zuge der deutsch-deutschen Grenzbereinigungen wurde im Jahre 1976 dieser unmögliche Zustand beendet und das betreffende Grundstück bundesrepublikanischem Territorium zugewiesen.

Philippsthal war auch ein symbolischer Ort der deutschen Teilung für die hessischen Christdemokraten. Die erste Kundgebung meiner politischen Laufbahn war dort 1978 anlässlich des Gedenktages für den Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR, an den die CDU Hessen jährlich erinnerte.

An gleichem Ort fand am 16. Dezember 1989 eine der größten Veranstaltungen der hessischen CDU statt – Grenzenlos - Gemeinsam für Deutschland. Über 40.000 Teilnehmer kamen aus West und Ost, um Walter Walmann und Helmut Kohl sprechen zu hören.

Die im Sommer 1989 einsetzende Fluchtbewegung, war auch für Hessen nicht einfach zu stemmen. Ich denke, die folgenden Zahlen werden dies verdeutlichen.

Das zentrale Aufnahmelager für Aus- und Übersiedler im mittelhessischen Gießen brachte im Laufe des Jahres 1988 knapp 32.000 Aus- und Übersiedler unter. Alleine bis Mitte September 1989 allerdings, also in nicht einmal neun Monaten, kamen dagegen fast 70.000 Menschen im Giessener Lager unter (500 DDR-Bürger pro Tag).

Nach dem Mauerfall passierten bis Ende November 1989 fast 30.000 Übersiedler aus der DDR das Gießener Lager.

So war damals in Hessen die Lage. Den dann kommenden Einigungsprozess, mache ich für mich persönlich an drei Kerndaten fest:

Den 18. September 1989, den 9. November 1989 und den 18. März 1990.

Ich muss gestehen, dass der Prozess der Wiedervereinigung für mich nicht – wie für viele andere – mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 sondern mit dem 18. September 1989 beginnt.

Warum der 18. September 1989? An diesem Tag war in der Ausgabe der FAZ ein Artikel über den von einer kleinen Gruppe von Reformern in der OST-CDU verfassten „Brief aus Weimar“ zu finden.

Für mich persönlich, damals als Generalsekretär der hessischen CDU, hatte dieser Artikel eine geradezu elektrisierende Wirkung. Denn zum ersten Mal wurde von Mitgliedern der damaligen Blockpartei – die Ost-CDU war zu diesem Zeitpunkt nichts

anderes als ein Befehlsempfänger der allmächtigen SED – ein ernst zu nehmender Forderungskatalog zur innerparteilichen und gesellschaftlichen Reform erstellt.

Vier einfache Mitglieder der Ost-CDU hatten diesen Forderungskatalog an die Führungsspitze und die Mitgliederbasis dieser Partei gerichtet. Aus heutiger Sicht war dieser Impuls für Freiheit der Mitgliederbasis die Initialzündung für den Brückenschlag der hessischen Christdemokraten zu den Parteifreunden im Osten Deutschlands.

Unter der nicht gerade sensationell klingenden Überschrift „CDU-Mitglieder in der DDR fordern zu Reformvorschlägen auf“ wurde erstmals in den Westmedien über das Schlüsseldokument der kommenden Entwicklungen berichtet.

Dieser auf den 10. September datierte Brief, dessen Inhalte in dem FAZ-Artikel vom 18. des Monats ausführlich wiedergegeben wurden, wurde im Umfeld der Jahrestagung der evangelischen Bundessynode in Eisenach am 17. September verbreitet und richtete sich an die Bezirks- und Kreisvorstände sowie im Allgemeinen an die Mitgliedschaft der Ost-CDU.

Welche Bedeutung dieser Brief für die künftigen Entwicklungen hatte, unterstreicht, dass drei seiner Unterzeichner zu den späteren Motoren und Protagonisten des Prozesses zwischen Hessen und Thüringen gehörten.

Es waren der Oberkirchenrat Martin Kirchner aus Eisenach, der spätere Generalsekretär der CDU Thüringen, dann Gottfried Müller, damals Pfarrer in Jena und Kirchenrat in Weimar sowie Chefredakteur der thüringischen Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“, später Minister in der Regierung de Maizière und dann erster Präsident des frei gewählten Thüringer Landtages.

Zudem unterzeichnete die heutige Ministerpräsidentin Thüringens, Christine Lieberknecht, den Brief. Damals Pastorin in Ramsla und später thüringische Kultus- und Bundesratsministerin.

Die vierte Unterzeichnerin des Briefes war Martina Huhn, Rechtsanwältin und Mitglied der Bundessynode aus dem sächsischen Hopfgarten.

Diese vier einfachen Mitglieder forderten nicht nur die Reformierung der Blockpartei CDU, sondern auch der DDR-Gesellschaft insgesamt. In 30 Punkten wurden die Forderungen der Unterzeichner zusammengefasst:

Reisefreiheit und Milderung des Grenzregimes, Meinungs- und Pressefreiheit sowie eine neue Medienpolitik, die „nicht auf Verschweigen, Verdrängen und Beschönigen setzt“, mehr Rechtsstaatlichkeit, mehr innerparteiliche Demokratie und mehr Mitbestimmung der Blockparteien, aber auch der Gesellschaft insgesamt.

Gerade die Passagen zur Reform der innerparteilichen Strukturen in der Ost-CDU boten in der damaligen Zeit erheblichen Zündstoff. Denn es wurde gefordert, dass die Parteiarbeit so auszugestaltet ist, dass in ihr der Wille der Mitglieder den unbedingten Vorrang hat und das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ nicht zu den spezifischen Traditionen der CDU gehört.

Mit dieser deutlichen Absage an die Propagandaformel vom „demokratischen Zentralismus“, der in allen sozialistischen Ländern straff geführten Kaderparteien,

wurde das bis dahin gültige unbedingte Führungsprinzip innerhalb der Ost-CDU offen in Frage gestellt.

Für mich bedeutet dies zudem, dass die Einforderung der "spezifischen Traditionen" nur eine Rückbesinnung auf das christliche Menschenbild heißen konnte. Und dies sollte auch wieder deutlicher in die Politik einfließen.

Weiter forderten die vier Mitglieder eine Neufassung des DDR-Wahlgesetzes. Das bedeutete freie Wahlen und die Abkehr von den Scheinwahlen mit ihren obligatorischen 90-plus-x-Prozent-Ergebnissen.

Es wurde eingefordert, endlich die „Mündigkeit des Bürgers“ zu „respektieren“ und ein Wahlverfahren einzuführen, das „dem Wählerwillen uneingeschränkt und glaubhaft Ausdruck verleiht.“

Wahlfälschungen, wie zuletzt bei den Kommunalwahlen im Mai 1989, würden – so der Brief aus Weimar – nicht mehr hingenommen werden, hieß es ausdrücklich.

Von diesen Thesen war ich dermaßen begeistert, dass ich – immer im engen Kontakt mit Bundeskanzler Helmut Kohl – den Versuch startete, mit den Reformern der Ost-CDU in Kontakt zu treten.

Problem hierbei war aber, dass der Vorsitzende der Ost-CDU, Gerald Götting, dies zu verhindern wusste. Erst mit seinem Rücktritt auf Betreiben der Reformkräfte am 2. November 1989, gelang es uns, ein Treffen zu vereinbaren.

Wir vereinbarten ein Treffen in Ost-Berlin für den 9. November 1989 – den Tag des Mauerfalls, was aber zu diesem Zeitpunkt noch niemand ahnen konnte.

Im Auftrag des hessischen CDU Landesverbandes reisten wir nach Ost-Berlin, um die Reformkräfte der Ost-CDU, darunter auch Lothar de Maiziere, zu treffen.

Während der Reise führte ich – gut versteckt – eine Taschenausgabe des Grundgesetzes mit mir. In seiner damaligen Präambel stand ein Satz, der mir zum Herzensanliegen wurde:

„Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Für das Gespräch selbst fragte ich mich natürlich, wo man nach 40 Jahren der Teilung anknüpfen soll. Ich war der Überzeugung, dass es auf jeden Fall die christlichen und freiheitlich-demokratischen Grundwerten unserer Partei sein konnten.

Zudem hatten wir uns für das Gespräch zum Ziel gesetzt, den Reformern Hilfe anzubieten, zugleich aber niemanden bevormunden zu wollen. Thematisiert wurde auch die kulturellen Gemeinsamkeiten zwischen Hessen und Thüringen.

Etwas enttäuscht war ich am Ende des Treffens darüber, dass de Maiziere zu diesem Zeitpunkt noch keinen klaren Trennungsstrich zum Sozialismus zog und für ihn die Deutsche Einheit „nicht die Frage der Stunde“ sei.

Wie alles in der damaligen Zeit, sollten sich diese Positionen auch sehr schnell verändern. Denn bereits der große Parteiparteitag "Erneuerung und Zukunft" der Ost-CDU in Berlin am 15./16. Dezember brachte zwei richtungweisende Ergebnisse:

Die Ziele der Einheit der deutschen Nation und der Sozialen Marktwirtschaft wurden in die offizielle Parteiprogrammatik aufgenommen.

Innerhalb von knapp drei Monaten wurde also aus der Blockpartei CDU ein Partner für die Christdemokraten Westdeutschlands.

Den 9. November 1989 verbinde ich daher mit zwei denkwürdigen Ereignissen, natürlich erstens der Mauerfall, zum zweiten war es aber auch der Beginn der Annäherung zwischen CDU-West und CDU-Ost.

Das dritte von mir genannte Kerndatum ist der 18. März 1990. An diesem Tag fanden die ersten und gleichzeitig auch letzten freien Wahlen in der DDR statt.

Der Sieg des Wahlbündnisses „Allianz für Deutschland“ bei diesen Wahlen, war die Basis für die kommende Wiedervereinigung.

Die Idee zu diesem Wahlbündnis entstand am 19. Januar 1990 im Bonner Kanzleramt. Auch hier sollten Hessen und Thüringen voranschreiten.

Die Allianz für Deutschland war ein Wahlbündnis aus CDU, der Deutschen Sozialen Union und dem Demokratischen Aufbruch – beide erst am 20. Januar 1990 gegründet.

Sie sollten auf getrennten Listen aber mit einer einheitlichen Wahlkampfführung zu den Volkskammerwahlen antreten und somit ein breiteres Wählerpotential ansprechen.

Als einendes Element mussten die Partner eine Programmatik vertreten, die die Ziele der Einheit, der Freiheit, der Sozialen Marktwirtschaft und die Ablehnung jeder Art von Sozialismus umfasste.

Der Gedanke damals in Bonn war, würde die Allianz in Thüringen gelingen, wäre sie ein Modell auf der gesamten DDR-Ebene.

Hier jetzt alle Gespräche und Beratungen zu nennen, die letztlich zur Gründung der Allianz für Deutschland in Thüringen am 1. Februar 1990 geführt haben, würde den Rahmen sprengen.

Gesagt sei nur soviel. Bereits unsere frühen Kontakte nach Thüringen und auch Berlin waren uns dabei eine große Hilfe, deshalb konnte ich in Erfurt am 1. Februar mit Uwe Ehrich (CDU), Horst Schulz (DA) und Paul Latussek (DSU) eine Vereinbarung unterzeichnen, die das Gründungsdokument der Allianz für Deutschland in Thüringen darstellte.

Am 5. Februar wurde dann die landesweite Allianz für Deutschland Wirklichkeit. Die Vereinbarung über das Wahlbündnis wurde in der Symbol-Stadt der Einheit getroffen, in Berlin.

Der offizielle Wahlkampf der Allianz in Thüringen sollte mit einem Paukenschlag beginnen. Helmut Kohl sprach am 20. Februar in Erfurt vor 160.000 Menschen.

Zudem bekam die Bedeutung der Wiedervereinigung im Wahlkampf kurz nach der Kanzlerrede in Erfurt einen weiteren Impuls.

Am 1. März stellten die Allianz-Partner übereinstimmend ihr gemeinsames Ziel vor, die deutsche Einheit durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes (Artikel 23) zu vollziehen.

Für unsere hessische CDU kann ich sagen, dass in Thüringen insgesamt rund 300 Wahlkampfeinsätze von hessischen CDU-Politikern absolviert wurden. Alleine im Februar/März wurden 422 Veranstaltungen durchgeführt. Am 6. und 7. März reiste sogar die komplette CDU-Landtagsfraktion nach Thüringen.

Trotz der schlechten Prognosen hat sich dieser Einsatz ausgezahlt, das Stimmungsbild kehrte sich deutlich zu unseren Gunsten um.

Ergebnis war, dass die Allianz für Deutschland am 18. März 1990 einen erdrutschartigen Sieg errang. DDR-weit erreichte sie, bei einer überwältigend hohen Wahlbeteiligung von über 93 Prozent, mehr als 48 Prozent der Stimmen, während die SPD mit knapp 22 Prozent eindeutig verlor.

Das beste Wahlergebnis in allen Ländern der „Noch-DDR“ erzielte die Allianz für Deutschland in Thüringen: Sie errang rund 60 Prozent der Stimmen, fast 53 Prozent entfielen davon auf die Thüringer CDU.

Dieses eindeutige Votum für die Allianz ebnete den Weg für den konkreten Einigungsprozess, der über die Etappe der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in den Einigungsvertrag mündete.

Wäre dieser überragende Wahlsieg der Allianz nicht gelungen, wären andere Konstellationen in politische Verantwortung gelangt, hätte es die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 so nicht gegeben.

Damit fand die letzte Diktatur auf deutschem Boden ein demokratisches und friedliches Ende – ein historisch einmaliger Vorgang.

Angesichts der Vorreiterrolle, die Hessen-Thüringen im Prozess der deutschen Einheit eingenommen hatte, erschien es geradezu selbstverständlich, auch weitergehende Schritte zu tun.

Dies betraf sowohl die politischen Beziehungen zwischen CDU Ost und CDU West als auch die Beziehungen auf Landesebene. Das Verhältnis zwischen der CDU Hessen und der CDU Thüringen behielt seinen richtungweisenden Charakter.

Die gemeinsame Landeskonferenz der CDU Hessen und Thüringen am „Hessen-Thüringen-Tag“ (28. April) sah in einem Beschluss vorbereitende Maßnahmen vor, um die Vereinigung der Christdemokraten auf Ebene der Bundesrepublik und der DDR voranzutreiben.

Als die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 Wirklichkeit wurde, vollzog sich an den beiden Vortagen das, was am 9. November 1989 in Ost-Berlin begann, die Vereinigung der Christdemokraten nach über 40 Jahren der Teilung.

Der letzte (38.) Parteitag der CDU der alten Bundesrepublik in Hamburg wurde am Folgetag, dem 2. Oktober, zum Vereinigungsparteitag und zugleich zum ersten Parteitag der wiedervereinigten Christlich-Demokratischen Union.